

»Politik liefert bei Windkraft nicht«

Regionalbündnis übergibt Stellungnahme zum LEP an NRW-Minister Andreas Pinkwart

Kreis Paderborn (WV). Eine kritische Stellungnahme zu den Änderungen des Landesentwicklungsplanes (LEP) in Sachen Windenergie hat jetzt das Regionalbündnis persönlich dem NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart übergeben. Abstandsregelungen und bedarfsgerechte Befeu- rung sind zentrale Punkte.

Eigentlich sollte der neue Landesentwicklungsplan den Kommunen bei der Windenergie mehr Planungssicherheit geben und den betroffenen Bürgern mehr Schutz geben. Auch der Wald galt eigentlich als Tabuzone in den Wahlkämpfen. so das Bündnis

»Wir sind der neuen Landesregierung einerseits dankbar, dass sie das Thema angegangen ist und die Mindestflächenvorgaben gestrichen und das neue Schallberechnungsverfahren eingeführt hat«, so Heiner Brinkmann, Vorsitzender des Regionalbündnisses Windvernunft, das die Interessen zahlreicher Bürgerinitiativen in der Region bündelt und deren Interessen politisch vertritt. »Viele unserer Mitstreiter im Land sind sich sicher, dass die Aussagen der CDU und FDP zum maßvollen

Umgang mit dem Ausbau der Windkraft zu dem knappen Wahlsieg mit einer Stimme Mehrheit im Düsseldorfer Landtag geführt hat. Entsprechend hoch ist die Erwartung vieler Mitbürger nicht nur in unserer Region. Doch die Politik liefert nicht.«

Dabei habe sich die Landespolitik in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP im September zum Ziel gesetzt, den »Windenergieausbau wieder in geordnete Bahnen zu lenken und die Akzeptanz für die Windenergie wieder zu sichern.« Dieses sollte so umgesetzt werden, dass die Kommunen in ihrer Planungshoheit gestärkt und die Privilegierung der Windenergieerzeugung im Wald aufgehoben wird. Daneben sollte die bedarfsgerechte Befeu- rung verpflichtend gemacht und ein Repowering ermöglicht werden, bei dem die Zahl der Anlagen beschränkt und die Zahl der Altanlagen verringert wird.

»Von alledem ist im Entwurf des neuen LEP nichts zu finden«, so Hubertus Nolte, Sprecher des Regionalbündnisses. »Das Ergebnis ist enttäuschend. Man hält man sich nicht einmal an die eigenen politischen Beschlüsse.«

Das Regionalbündnis hat daher umfangreich Stellung zum Entwurf des LEP genommen, in der

auch die Beschlüsse und Wahlkampfaußagen aufgegriffen wurden.

Auf Vermittlung des heimischen Landtagsabgeordneten Bernhard Hoppe-Biermeyer konnte die Stellungnahme jetzt fristgerecht dem zuständigen Wirtschaftsminister im Landtag in Düsseldorf übergeben werden.

Dabei nahm sich der Minister auch Zeit zur Diskussion. Den beteiligten Politikern und Vertretern der Bürgerinitiativen war dabei bekannt, dass so manches Ziel, wie eine rechtssichere 1500-Meter-Abstandsregelung, nur auf Bundesebene geschaffen werden kann. Minister Pinkwart verwies dabei auf die bereits begonnenen Aktivitäten zu einer entsprechenden Bundesratsinitiative. Nolte verweist darauf, dass eine bedarfsgerechte Befeu- rung oder Regelungen zum Repowering auch auf Landesebene beschlossen werden könnten. Handlungsbedarf bestehe vor allem bei der Abstandsregelung.

Diese Forderung unterstützte auch Bernhard Hoppe-Biermeyer und lud den Minister in seinen Wahlkreis ein, um sich ein Bild von der besonderen Situation im Kreis Paderborn zu machen. Der Minister konnte sich einen Termin bereits im Herbst vorstellen.



Übergabe der Stellungnahme an Prof. Dr. Andreas Pinkwart in Düsseldorf (von links): Hubertus Nolte (Regionalbündnis), Bernhard Hoppe-Biermeyer,

Minister Pinkwart, Heiner Brinkmann, Willi Büngeler und Willi Schmidt (Landesbündnis Vernunftwende).